

ATOMMÜLL UND SEINE ENDLAGERUNG Abschlussbericht 2021

VON AGNES BÜHRIG, JOURNALISTIN





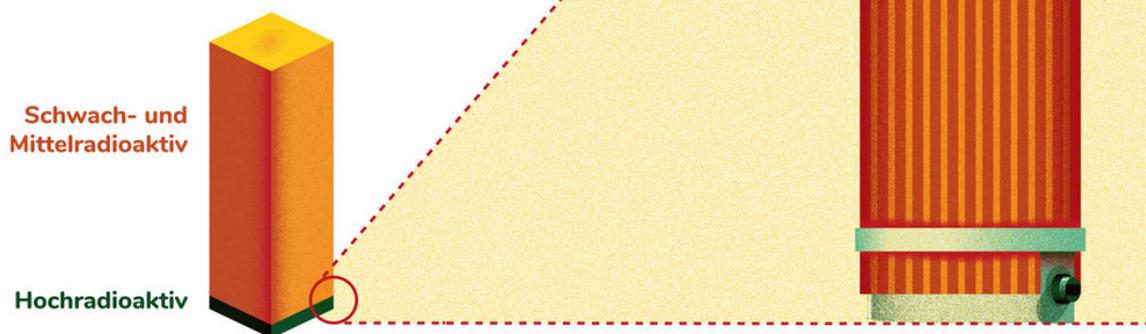
Er fällt bei der Produktion von Strom in Atomkraftwerken an, er ist schwer zu entsorgen und er gibt hunderttausende Jahre giftige Strahlen ab – hochradioaktiver Atommüll. 2011, nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima, beschloss der Bundestag den Ausstieg aus der Atomenergie. Das letzte Kernkraftwerk soll bis Ende 2022 vom Netz gehen. Doch es bleiben die Abfälle aus der Produktion: 1.900 Behälter mit 27.000 Kubikmetern hochradioaktiven Atommülls. Wo er am Ende dauerhaft und sicher verwahrt werden kann, wird für den deutschen Atommüll derzeit in einem aufwändigen Prozess untersucht.

Geologische Untersuchungen spielen hier eine wichtige Rolle, aber auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Schließlich sollen frühere Kontrahent:innen – Anti-Atom-Bewegung auf der einen, Atomindustrie und Staat auf der anderen Seite – in einen konstruktiven Dialog finden, mit dessen Ergebnis am Ende alle leben können. Demokratisch legitimiert, transparent und für alle Generationen akzeptabel – bis 2031 soll der Ort gefunden werden, an dem hochradioaktiv strahlender Müll sicher und für die Dauer von einer Million Jahren verwahrt werden kann. →



Radioaktivität

Obwohl der Anteil am hochradioaktiven Abfall in Deutschland nur 5 Prozent des Volumens des gesamten Atommülls ausmacht, **enthält er 99 Prozent des radioaktiven Inventars.**



© chasseriaud.de, lizenziert unter CC BY 2.0

„WIR HABEN EIN GESETZ, IN DEM NACHVOLLZIEHBAR DIE SUCHE NACH EINEM ENDLAGER GEREGLT IST UND DIE KRITERIEN, DIE DA ZUR ANWENDUNG KOMMEN SOLLTEN – SICHERHEITSKRITERIEN, ABWÄGUNGSKRITERIEN. WIR HABEN EINE VÖLLIG NEU GEORDNETE BEHÖRDEN- UND INSTITUTIONENLANDSCHAFT, EINE UMFASSEND GEREGLTE PARTIZIPATION, AUCH EINE KAMMER, DAS NATIONALE BEGLEITGremium, IN DEM BÜRGERINTERESSEN NOCH EINMAL GESONDERT WAHrgENOMMEN WERDEN. ALL DAS HALTE ICH FÜR EINEN ERFOLG.“

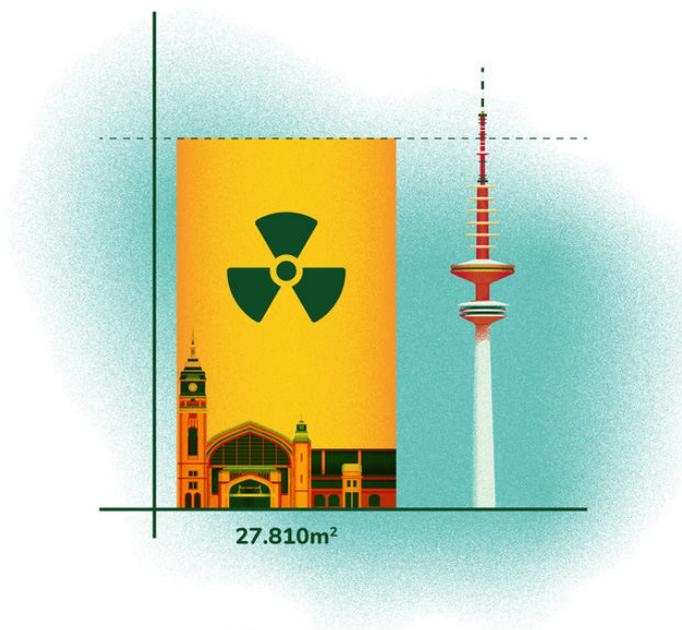
Rebecca Harms im Podcast
Anti-Atomkraft-Aktivistin der ersten Stunde aus dem Wendland und
Politikerin der Grünen, zuletzt als Europa-Abgeordnete

START DER BÜRGER:INNENBETEILIGUNG 2021

2021 ging es zunächst einmal darum, das Miteinander der unterschiedlichen Beteiligten im Suchprozess auszutarieren. Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, gesellschaftlichen Organisationen, Bürgerinnen und Bürger sowie Wissenschaftler:innen kamen in drei Fachkonferenzen zusammen, um die erste Eingrenzung möglicher Standorte zu besprechen: den im Herbst 2020 von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) vorgelegten Zwischenbericht Teilgebiete. Rund die Hälfte des Gebiets Deutschlands hatte er für einen möglichen Standort eines Atommüll-Endlagers ausgewiesen, knapp die Hälfte ausgeschlossen. Auf den darauffolgenden Fachkonferenzen Teilgebiete wurde er diskutiert. Sie waren offen für jeden, der teilnehmen wollte. Die Stiftung Leben & Umwelt/Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen hat diesen Prozess begleitet – mit drei Online-Konferenzen.

WER MITREDEN WILL, BRAUCHT FAKTEN UND HINTERGRÜNDE

In der ersten Online-Konferenz ging es um die Grundlagen: Die Geschichte der Atomindustrie und die Bestandsaufnahme der Mengen strahlenden Atom Mülls. Mehr als 60.000 Tonnen abgebrannter Brennstäbe lagern derzeit in Europa, ein Endlager für den hochradioaktiven Atom müll hat bisher jedoch kein Land der Welt in Betrieb genommen. →



© chasseriaud.de, lizenziert unter CC BY 2.0

Abfallmengen

Mit dem Betrieb europäischer Atomkraftwerke werden voraussichtlich **6,6 Millionen Kubikmeter** radioaktiver Abfälle verursacht.

Stapelte man diesen Atom müll auf der Fläche vom Hamburger Hauptbahnhof, **wäre der Abfallberg 240m hoch.**

Dies entspricht etwa der Höhe vom Fernsehturm, der 270m hoch ist.



Diese Zahlen hat Rebecca Harms zusammengetragen.
Im Podcast erzählt sie, wie es dazu kam.

„ICH HABE FESTGESTELLT, DASS ES WENIG INTERNATIONALEN AUSTAUSCH, ORGANISIERTEN AUSTAUSCH AUCH GERADE IN DER ZIVILGESELLSCHAFT GIBT UND HATTE DEN EINDRUCK, ICH MUSS MAL DAFÜR SORGEN, DASS DIE SITUATION LÄNDERÜBERGREIFEND BESSER BEKANNT WIRD. ICH HABE MICH DANN MIT EXPERTEN BERATEN UND WIR HABEN FESTGESTELLT, DASS ES WIRKLICH DRINGEND IST, DASS WIR INFORMATIONEN ZUR ENTSORGUNG UND ZUR ENDLAGERVORBEREITUNG IN EINER VERGLEICHBAREN FORM ZU LÄNDERN, DIE DAS PROBLEM HABEN, VERFÜGBAR MACHEN.“

Rebecca Harms
im Podcast „Irgendwo muss das Zeug ja hin“

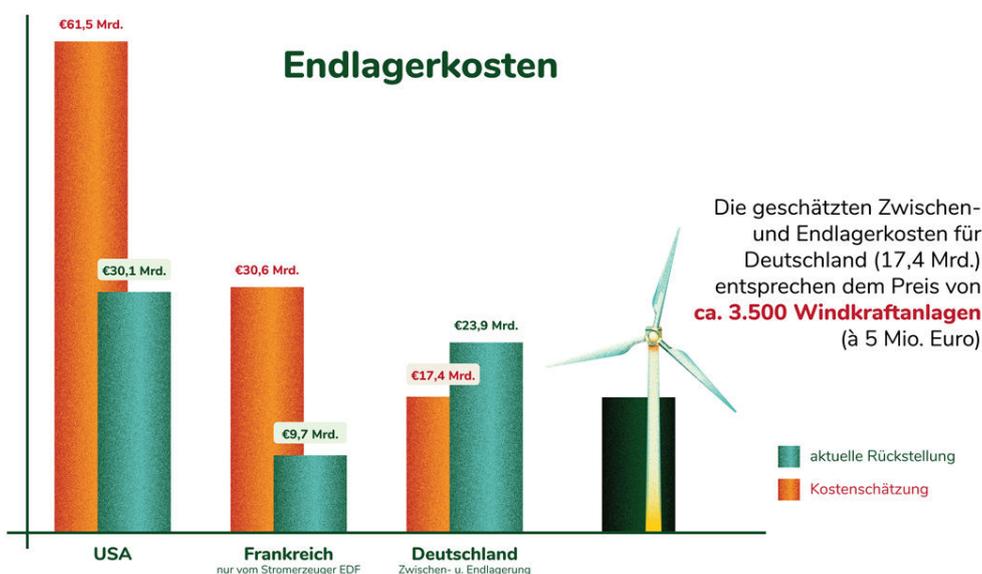
15 Jahre lang saß sie (Rebecca Harms) für die Grünen im Europaparlament. Sie initiierte den World Nuclear Waste Report World (WNWR), der auf Englisch 2019 und auf Deutsch 2020 erschien. „Die Lösung der Probleme mit dem Atommüll werden wir kommenden Generationen überlassen. Ein wichtiges Anliegen des WNWR ist es deshalb, bisher vorhandenes Wissen weiterzugeben, international zugänglich und vergleichbar zu machen“, beschreibt sie ihre Motivation. Und fährt fort: „Die gute Zusammenarbeit in einer internationalen Gruppe von alten und jungen Experten an diesem Bericht scheint mir auch ein Beitrag zum Generationenwechsel.“

WIE ALLES BEGANN UND WAS ES IN DER ZUKUNFT KOSTEN KÖNNTE

Marcos Buser ist einer der Autoren:innen des Berichts. Zu Beginn der ersten Online-Konferenz gab der Geologe und Sozialwissenschaftler aus der Schweiz eine anschauliche Einführung in die Geschichte des Atommülls. Sie begann in den 1950er Jahren mit der militärischen Nutzung der Atomenergie. In den 1960er wurden altgediente Bergwerke wie die Asse in Niedersachsen als Endlager getestet. Inzwischen sind speziell für die Endlagerung entwickelte Anlagen in Planung, etwa in Schweden. Die Rückholbarkeit strahlenden Mülls ist bereits seit den 1990er Jahren ein Thema.

Ben Wealer, der an der TU Berlin zur Ökonomie der Atomenergie forscht, erläuterte das zugängliche Zahlenmaterial zur Finanzierung der Atommüll-Endlagerung. Es zeige sich eine deutliche Lücke zwischen den eingeplanten Finanzmitteln und den tatsächlich benötigten Summen.

Die Verursacher finanzierten zwar den Rückbau, die Verantwortung für die Endlagerung gehe dann aber in der Regel auf den Staat über und damit die Steuerzahler:innen. Und weil weltweit noch kein Endlager gebaut ist, sind alle Schätzungen Papierrechnungen, zum Teil mit Datenmaterial, das bis in die 1970er Jahre zurückreicht, so der Wirtschaftsingenieur.



MIT TRANSPARENTEN FORSCHUNGSERGEBNISSEN UND GEGENSEITIGEM RESPEKT ZUM ZIEL

Die Endlagersuche ist ein selbsthinterfragendes, lernendes System, das erforscht werden muss, Transparenz und die Teilhabe der Öffentlichkeit sind wiederkehrende Forderungen. Das Ziel müsse auch sein, die alten Konfliktlinien aus dem jahrzehntelangen Kampf gegen die Atomkraft zu brechen und einer sachlichen Auseinandersetzung um den richtigen Endlager-Standort Raum zu geben, geprägt von gegenseitigem Respekt.

BETEILIGUNG – WIE GELINGT SIE?

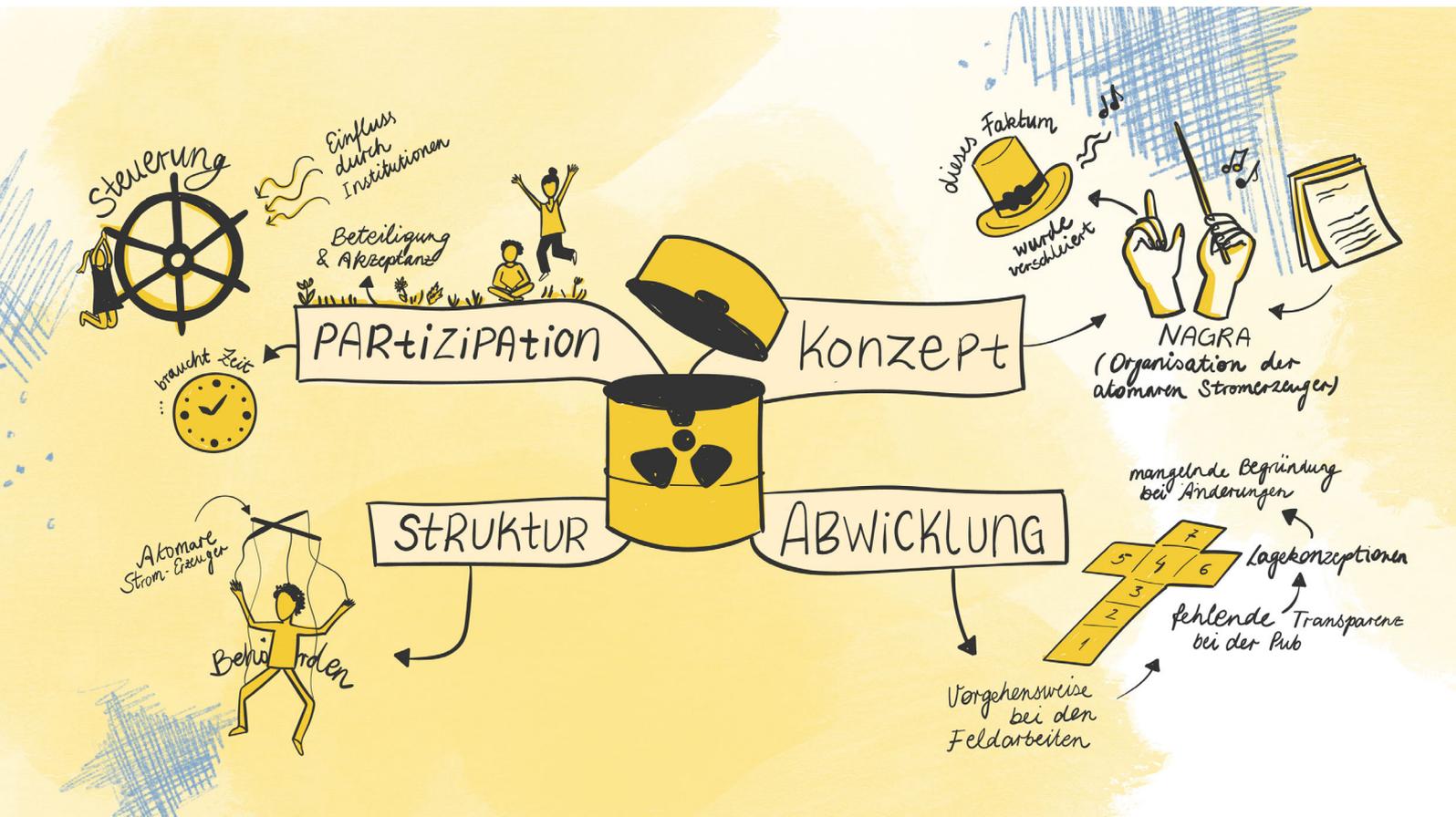
Im Prozess der Endlagersuche sollten die Rollen der einzelnen Akteur:innen klar umrissen sein und es sollte definiert sein, wie groß die Einflussmöglichkeiten der Beteiligung sind. Ina Stelljes, Leiterin der Abteilung Öffentlichkeitsbeteiligung beim BASE, formulierte zu Beginn der dritten Online-Konferenz Ideen, wie das Vertrauen in den Endlager-Suchprozess erhöht werden könnte. Grünen-Politikerin Sylvia Kotting-Uhl erinnerte daran, dass mit der neuen Ausformung des Verfahrens der Endlagersuche im Herbst 2020 Neuland betreten wurde. Seinen Platz muss jeder und jede da erst einmal finden. Und was ist zum Beispiel nötig, damit Kritik an Ergebnissen und Verfahrensweise nicht als Angriff, sondern als konstruktiver Beitrag gesehen wird?

„ES BRAUCHT KRITIK, UM HIER AUCH DIE WIDERSTÄNDE, DIE KONFLIKTLINIEN, DIE STRITTIGEN PUNKTE ZU ERKENNEN. STREIT IST FÜR MICH IN EINER DEMOKRATIE AUCH ETWAS POSITIVES, WEIL MAN NUR SO AM ENDE AUCH PRAKTISCH SCHWACHPUNKTE ERKENNEN UND DEN RICHTIGEN WEG EINSCHLAGEN KANN. UND INSOFFERN IST DIESE TATSACHE, DASS KRITIK AUF DEN TISCH KOMMT, QUASI GEWOLLT, IST TEIL DES PROZESSES.“

Stefan Wenzel
Grünen-Politiker und einst Mitglied der Endlagerkommission im Podcast-Gespräch

ROLLEN DES VERFAHRENS NEUGESTALTEN

Wie Beteiligung gelingen kann, das hat auch mit der neuen Rolle der Zivilgesellschaft im Verfahren zu tun. Der Physiker Dr. Daniel Lübbert, der eine Fachkonferenz Teilgebiete mit vorbereitet hatte, sprach sich für einen Imagewechsel aus. Nicht als Nörglerin sondern als Akteurin der Qualitätssicherung sollten die Vertreter:innen der Zivilgesellschaft wahrgenommen werden. Und auch die mit dem Verfahren befassten staatlichen Behörden seien nicht per se „böse Behörden“, sagte Ingrid Lohstötter von der Bürgerinitiative „Angeliter bohren nach“. Sie wünsche sich aber schlichtweg einen Dialog, in dem sie mit ihrer Kritik am Zwischenbericht ernst genommen werde.



Alle Stimmen müssen gehört werden, alle Akteur:innen sind wichtig – die Herausforderungen des Dialogs der Endlagersuche. Grafik: Kopfüber Design, Alle Rechte vorbehalten.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND DIALOG WICHTIG

Aus den Diskussionen in kleineren Gruppen im Online-Seminar kam die Anregung, wissenschaftliche Forschungsergebnisse verständlicher zu vermitteln und die Tragweite des Endlager-Problems besser in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu wären auch andere Beteiligungsformen, etwa durch Influencer in den sozialen Medien oder eine künstlerische Bearbeitung denkbar. Und die Teilnehmerschaft der Fachkonferenzen Teilgebiete müsste diverser aufgestellt sein.

„EIN THEMA, DAS MIR SEHR AM HERZEN LIEGT, WAS ICH EINFACH ALS PROBLEMATISCH ANSEHE IN DIESER BETEILIGUNGSFORM, IST DIE FEHLENDE DIVERSITÄT. DA MÜSSEN WIR EINFACH AKTIVER WERDEN UND AUCH AUFSUCHENDE FORMATE FINDEN, DAMIT JUNGE MENSCHEN UND AUCH FRAUEN UND PEOPLE OF COLOR UND MENSCHEN MIT ANDEREN BILDUNGSHINTERGRÜNDEN SICH ANGESPROCHEN FÜHLEN.“

Liliana Josek im Podcast
Sprecherin für Bündnis 90 Die Grünen im Kreisverband Lüneburg

Immer wieder gehe es zudem darum, miteinander ins Gespräch zu kommen, hat Dörte Themann auf den Fachkonferenzen Teilgebiete beobachtet. Die Forscherin der FU Berlin begleitet den Prozess der Endlagersuche wissenschaftlich. „Wie wir Demokratie neu leben – das Generationenprojekt Umgang mit radioaktiven Abfällen“ würde sie ihr Buch nennen, wenn sie jetzt über die Öffentlichkeitsbeteiligung schreiben sollte. Zu Beginn der dritten Online-Konferenz teilte die Umwelt- und Politikwissenschaftlerin im Kurzvortrag ihre Beobachtung mit, dass sie auf allen Seiten ein „Ringeln“ um den Prozess wahrgenommen habe. Alle Akteure hätten ihre Vorstellung davon, wie das StandAG auszulegen sei. Diese gelte insbesondere für die Frage, wie der dort formulierte Mitgestaltungsanspruch umgesetzt wird.

Die Konflikte und Diskussionen um den Prozess, aber natürlich auch um die Inhalte des Zwischenberichtes Teilgebiete, würden zeigen, wie wichtig diese neuen Räume der Beteiligung und auch der Selbstorganisation für das Verfahren sind. Das Handeln von BGE und auch BASE zu hinterfragen und auf Resonanz bei diesen zu stoßen, könne nicht nur Vertrauen in den Prozess schaffen. Es bringe auch kommunale und zivilgesellschaftliche →



Perspektiven und Wissen in den Prozess, wodurch Hinterfragen und Lernen im Sinne des StandAG möglich wird, was das Verfahren nur robuster machen kann. Wichtig sei nun die Öffentlichkeit darin zu unterstützen, diese Räume, die das StandAG bietet, ausfüllen zu können und den Beteiligten die notwendigen Ressourcen bereitzustellen.

„WIR SIND IN EINEM DYNAMISCHEN PROZESS UND BEFINDEN UNS IN EINEM GESETZLICHEN RAHMEN, IN DEM DER ÖFFENTLICHKEIT EINE GESTALTERISCHE ROLLE ZUKOMMT. DIESE MÖGLICHKEIT ZUR MITGESTALTUNG SPIEGELT EINE NEUE BEZIEHUNG ZWISCHEN STAATLICHEN UND ÖFFENTLICHEN AKTEUREN INNERHALB DER ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG WIDER, DIE AUCH EIN NOCH UNBESTIMMTES MACHTVERHÄLTNIS IMPLIZIERT. WAS SICH HIER BIETET IST EIN MÖGLICHKEITSRAUM FÜR NEUE DEMOKRATISCHE PRAXIS. WIR MÜSSEN UNS ABER DAMIT AUSEINANDERSETZEN, WIE DIESES VERHÄLTNIS JETZT ZU SCHÄRFEN IST.“

Dörte Themann
während der dritten Online-Konferenz

Nachdem es 2021 vor allem um Fragen der Partizipation ging, wünscht sich Marcus Frenzel, Student im Fach Management und Endlagerung radioaktiver Abfälle, jetzt aber endlich wieder mehr Auseinandersetzung über Inhalte. „Der gemeinsame Aufbruch mit bekanntem Ziel – aber einigen Ungewissheiten“ würde er sein Buch nennen. Damit sich auch seine Generation stärker beteiligt, hat er mit einigen Mitstreiter:innen den Rat der jungen Generation gegründet. Damit der aktiv mitgestalten kann, wünscht er sich finanzielle Unterstützung für die Arbeit.

„WIR SCHREIBEN UNSERE ABITURPRÜFUNGEN, MASTERARBEITEN UND SONSTIGEN KLAUSUREN UND ARBEITEN EHRENAMTLICH. DAS IST ALLES EINE RIESENGROSSE AUFGABE. WIR KÖNNEN NICHT ALS AKTEUR BUNDESWEIT MIT EINGREIFEN. WIR KÖNNEN ANREGUNGEN GEBEN, BESTIMMTE FEHLER MIT AUFDECKEN, UND WIR KÖNNEN JUNGE MENSCHEN MIT ANSPRECHEN. ABER ES MUSS AUCH DIE UNTERSTÜTZUNG AUS DER POLITIK UND GESELLSCHAFT KOMMEN FÜR SOLCHE INITIATIVEN.“

Marcus Frenzel vom Rat der jungen Generation
im Podcast Wie bringen wir das zu (r W)Ende?

PHASE I

MÖGLICHE STANDORTE WERDEN IDENTIFIZIERT.

2017 – BGE beginnt geowissenschaftliche Daten zu sammeln und bewertet sie.

2020 – BGE stellt Zwischenbericht Teilgebiete vor – rund die Hälfte der Fläche Deutschlands kommt dabei für den Standort eines Endlagers in Betracht.

2021 – Auf den Fachkonferenzen Teilgebiete diskutieren Teilnehmer:innen aus Wissenschaft und Verwaltung sowie der Bevölkerung die Ergebnisse des Zwischenberichts. Die BGE schlägt dem BASE Regionen vor, die übertägig erkundet werden sollen. Das BASE prüft den Vorschlag und richtet in den vorgeschlagenen Regionen Regionalkonferenzen ein.

DER

PHASE II

STANDORTE WERDEN ÜBERTÄGIG ERKUNDET.

Die BGE erkundet die vorgeschlagenen Regionen übertägig durch Erkundungsbohrungen und seismische Messungen. Bundestag und Bundesrat entscheiden, welche Standorte untertägig erkundet werden.

ZEITPLAN

STANDORTE WERDEN UNTERTÄGIG ERKUNDET.

Die BGE erkundet an mindestens zwei vorgeschlagenen Standorten das Gestein untertäglich. Das BASE leitet eine Umweltverträglichkeitsprüfung dieser Standorte ein.

PHASE III

**FINALE
PHASE**

DAS BASE SCHLÄGT AUF GRUNDLAGE DER VORLIEGENDEN ERKENNTNISSE DEN STANDORT FÜR EIN ENDLAGER VOR.

Bundestag und Bundesrat entscheiden darüber.

2031 – Der Ort für ein Endlager für hochradioaktiv strahlenden Müll ist gefunden.

WIE WEITERMACHEN?

Was muss jetzt passieren, damit Akteur:innen und Lernprozesse weiter zueinander finden? Miteinander sprechen, die Angst vor falschen Fragen abbauen, Emotionen Raum geben – das sind Ideen, die sich aus den Diskussionen der Teilnehmer:innen der letzten Online-Konferenz ergeben. Zwischen Professionellen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft sollten Übersetzer:innen vermitteln und der Stand der Entwicklung könnte zielgruppenorientierter publiziert werden. Linus Strothmann, Referent für Beteiligung beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, hat dafür ein plastisches Bild: Damit drei unterschiedlich große Menschen über einen Zaun gucken können, muss man passende Stufen bauen. Der Wille, sich auf Augenhöhe zu begegnen und Hürden auf dem Weg zu einem Atomendlager gemeinsam zu nehmen, ist jedenfalls da.

„ICH FINDE SCHON GRUNDSÄTZLICH, DASS ES EIN GANZ GROSSES BEDÜRFNIS NACH KONSTRUKTIVITÄT GIBT. DASS ALLE SICH DAZU BEKENNEN: WIR BRAUCHEN EIN ERGEBNIS.“

Miriam Staudte im Podcast
Sprecherin Atomkraft für die Fraktion der Grünen im
niedersächsischen Landtag

DIE AKTEUR:INNEN

IMPRESSUM

BGE – Bundesgesellschaft für Endlagerung, führt das operative Geschäft des Verfahrens durch: untersucht, bewertet und schlägt Standorte vor.

BASE – Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, beaufsichtigt die Endlagersuche und überwacht die Beteiligung der Öffentlichkeit.

NBG – Nationales Begleitgremium, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft vermitteln und begleiten das Suchverfahren unabhängig.

FACHKONFERENZ TEILGEBIETE – Diskussion des Zwischenberichts Teilgebiete

REGIONALKONFERENZ – begleitet das Verfahren und unterstützt interessierte Bürger:innen in den betroffenen Regionen, sich zu beteiligen.

FACHKONFERENZ RAT DER REGIONEN – begleitet die Regionalkonferenzen regionenübergreifend und befördert den Dialog zwischen betroffenen Regionen.

STIFTUNG LEBEN & UMWELT / HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG NIEDERSACHSEN
Warmbüchenstr. 17,
30159 Hannover
» www.slu-boell.de

PROJEKTLEITUNG: Silke Inselmann

BERICHT: Agnes Bührig
» www.agnesbuehrig.de

KONZEPTION UND MODERATION:
Dr. Christine Schwarz, Hannover
» www.christineschwarz.org

GESTALTUNG: Kopfüber Design
» www.kopfueberdesign.com

Februar 2022

LINK ZU DEN PODCASTS:
» [SOUNDCLOUD.COM/
STIFTUNGLLEBENUNDUMWELT](https://soundcloud.com/stiftunglebenundumwelt)

DOSSIER „ATOMMÜLL UND SEINE ENDLAGERUNG“ UNTER
» [SLU-BOELL.DE/DE/ATOMMUELL-
UND-SEINE-ENDLAGERUNG](http://slu-boell.de/de/atommuell-und-seine-endlagerung)



ANHANG ZUM BERICHT

Sieben Expert:innen hatten wir eingeladen, zu Beginn der zweiten Online-Konferenz aus ihrer Perspektive einen Blick auf den Beteiligungsprozess zu werfen. In jeweils drei Minuten sollten sie ihre zentralen Gedanken zu folgenden beiden Fragen formulieren:

*Was sind für Sie die zentralen Gelingensbedingungen für die Beteiligung?
Welche Empfehlungen haben Sie für die weitere Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses?*

Im Nachgang haben wir auf Wunsch einiger Teilnehmer:innen und Expert:innen um eine schriftliche Fassung der Impulse gebeten, die wir in alphabetischer Reihenfolge ungekürzt und inhaltlich unbearbeitet hier wieder geben.

DR. DANIEL LÜBBERT
MITGLIED IN DER AG VORBEREITUNG FÜR DIE
FACHKONFERENZ TEILGEBIETE IM FEBRUAR 2021

Vier Gelingensbedingungen:

1. Beteiligung braucht klare Ziele
2. Beteiligung braucht genügend Zeit
3. Beteiligung braucht eine Feedback-Kultur
4. Beteiligung braucht Führung

Empfehlungen:

- Das BaSE, als gesetzlich definierter Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung, sollte eine aktive Führungsrolle übernehmen und Beteiligungsformate von sich aus vorausschauend und kreativ weiterentwickeln.
- Alle Beteiligten müssen bereit sein,
 - » Ängste vor Kontrollverlust zurückzudrängen,
 - » einen Teil der Kontrolle gezielt abzugeben,
 - » und sich auf ergebnisoffene Prozesse
 - » und das "Abenteuer Beteiligung" einzulassen.

JÖRG OTTMANN
FACHGEBIETSLEITER GRUNDSÄTZE ZUR
ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG, BUNDESAMT FÜR DIE
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG (BASE)

Was sind aus Ihrer Sicht Gelingensbedingungen von Beteiligung?

1. Beteiligung braucht Ziele

- Wir suchen das Endlager mit der bestmöglichen Sicherheit. Das Ziel der Beteiligung lautet im Hinblick auf das Jahr 2050, dass das Endlager mindestens toleriert, besser akzeptiert wird.
- Das ganze Verfahren ist in unterschiedliche Phasen der Suche eingeteilt: Und so muss nicht nur im Hinblick auf das große Ziel, sondern für jedes Stadium der Suche klar sein, was das jeweilige Beteiligungsziel ist.

2. Beteiligung braucht einen klaren Rahmen

- Hierzu gehört eine klare Benennung der Intensität oder der Stufe der Beteiligung. Hier geht es auch um Erwartungsmanagement. Also, sprechen wir über Information, Mitsprache, Mitwirkung oder Mitentscheidung?
- Weitere Rahmen sind transparente und zugängliche Informationen, aber auch die Nachvollziehbarkeit, wie Akteure zu Entscheidungen und Einschätzungen kommen.

3. Eine dritte Bedingung für gute Beteiligung lautet: Beteiligung braucht passende Methoden und Formate

- Formate müssen sich aus den jeweiligen Beteiligungszielen ableiten

4. Beteiligungsergebnisse brauchen Rückkopplung. Das heißt, Ergebnisse die aus den Formaten hervorgehen, müssen aufgegriffen und verarbeitet werden. Hierüber muss Transparenz hergestellt werden.

5. Nun noch ein Blick voraus: Der Erfolg der Beteiligung wird sich auch daran festmachen, ob die im Jahr 2050 verantwortliche Generation mitgenommen und beteiligt wurde und somit die Standortentscheidung mitträgt. Das heißt, als 5. Gelingensbedingung müssen wir heute sicherstellen, die **jungen Generationen** mitzunehmen. Damit einher geht eine notwendige **Empfängerorientierung der Beteiligung**. Die Bedarfe, Interessen der jungen Generation müssen mitgedacht und aufgegriffen werden. Sonst wird kein Dialog entstehen.

Empfehlungen zur Ausgestaltung der Beteiligung

Der Gesetzgeber hat bereits eine Grund-Architektur von vorgesehenen Beteiligungsformaten vorgesehen. Dennoch muss ein so langfristig angelegtes und komplexes Verfahren natürlich in vielen Hinsichten aktiv gestaltet werden.

Das BASE sieht sich in besonderer Verantwortung für die Öffentlichkeitsbeteiligung der Endlagersuche. Das bedeutet, dass wir einerseits die vom Gesetz vorgesehenen Formate umfassend unterstützen (z.B. durch die Einrichtung der Geschäftsstellen für selbstorganisierte Formate, zusätzliche Unterstützung wie Aufwandsentschädigungen oder Reisekostenerstattung). Das bedeutet aber auch, dass wir darüber hinaus zusätzliche Beteiligungsformate durchführen, z.B. solche, die sich an junge Menschen richten oder sich spezifischen Themen oder Stakeholdern widmen.

Was wünsche ich mir? Es gibt viele Akteure und Institutionen, die zur ÖB beitragen, wie das Nationale Begleitgremium oder die BGE. Es braucht aber auch nicht-staatliche Initiativen, die sich für das gesellschaftlich wichtige Thema der Endlagersuche einsetzen. Wir brauchen Institutionen, die selbst Formate entwickeln und Fragen aufwerfen und neutrale Plattformen zur Diskussion bieten und wir brauchen Multiplikator:innen. Heute ist jede*r Teilnehmer:in dieser Veranstaltung auch Multiplikatorin für das Thema. Danke an dieser Stelle an die Stiftung Leben & Umwelt für ihr wichtiges Engagement!

DR. BERND REDECKER LÜNEBURGER AKTIONSBÜNDNIS GEGEN ATOM

Die bisherige Suche nach Atommülllagern in Deutschland ist nicht auf wissenschaftlicher Basis geschehen, sondern war rein politisch motiviert. ASSE, Gorleben, Morsleben, KONRAD - keiner dieser Standorte ist und war geeignet, obwohl es der Bevölkerung immer so verkauft wurde. Das hat zu einem berechtigten Misstrauen gegenüber den politischen Akteuren geführt.

Ziel des neuen Suchprozesses muss es aus meiner Sicht sein, dass er diesmal über den Verdacht jeglicher politischer Einflussnahme erhaben ist. Nur so besteht die Hoffnung, dass die Menschen an dem Ort, der letztlich ausgewählt wird, für sich akzeptieren, dass bei ihnen tatsächlich der am wenigsten schlechte Ort in der Bundesrepublik ist, um dort den Atommüll zu lagern.

Das aktuelle Beteiligungsformat erfüllt dabei wesentliche Gelingensbedingungen für dieses Ziel nicht. Die vier aus meiner Sicht wichtigsten Voraussetzungen für gelingende Beteiligung sind

- 1.** wer mitmachen will, kann mitmachen
- 2.** Entscheidungsfindung im Konsens
- 3.** ausreichend Zeit
- 4.** Wirkmächtigkeit

Was müsste aus meiner Sicht jetzt passieren?

- Entschleunigung
- Der aktuelle Zwischenbericht ist allenfalls eine Vorstudie
- die vorliegenden Daten der geologischen Landesdienste einbeziehen
- das Geodatengesetz umsetzen
- Vor Ort Veranstaltungen mit der Frage „Was braucht ihr, um am Ende das Gefühl zu haben, dass ihr hier nicht über den Tisch gezogen wurdet.“
- Dann mit echtem Zwischenbericht neustarten



NICK REIMER
JOURNALIST UND MITGLIED IN DER AG VORBEREITUNG FÜR DIE
FACHGEBIETE TEILKONFERENZ IM FEBRUAR 2021

Fokus auf die Gelingensbedingung „Selbstorganisation“.

1. Selbstorganisation braucht einen Anfang. (Deshalb sind zum Beispiel faire, transparente Wahlen wichtig)
2. Selbstorganisation braucht Zeit (Zeitdruck ist schädlich).
3. Selbstorganisation braucht Regeln, Partizipation und Transparenz.
4. Selbstorganisation braucht Ressourcen (finanziell, personell, externen Sachverstand).
5. Selbstorganisation „von oben“ kann nicht funktionieren: In diesem Fall gibt der Gesetzgeber das Ziel der Selbstorganisation vor (3 Fachkonferenzen, 3 Termine, „Erörtern des Zwischenberichts“, Rahmen, Dienstleister, Software, Moderatoren etc.). Das kann nicht funktionieren.

JOCHEN STAY
» AUSGESTRAHLT.DE

Der Sprecher der bundesweiten Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt engagierte sich seit über 30 Jahren gegen Atomtransporte und unsichere Atommüll-Lagerung. Mit seinen Erfahrungen und Einschätzungen machte Jochen Stay Mut, sich in die Atommüll-Debatte aktiv einzumischen. Am 15. Januar 2022 ist er im Alter von 56 Jahren überraschend gestorben.

Was sind die zentralen Gelingensbedingungen für die Beteiligung?

Das ist ein komplexes und anspruchsvolles Thema und in drei Minuten nicht wirklich kompetent zu beantworten, auch, weil Schlagworte in diesem Kontext oft missverstanden werden. Diejenigen, die mehr wissen möchten als Schlagworte, können mich gerne im Chat anschreiben.

Zuerst: Was ist der Wert von gelungener Beteiligung?

Zum einen macht sie das Ergebnis eines Verfahrens besser, weil Fehler erkannt und ausgeräumt werden können. Zum anderen ist die Qualität der Beteiligung entscheidend dafür, ob das Projekt am Ende am Widerstand der Betroffenen scheitert oder nicht. Und es kann scheitern, das zeigt die Geschichte der Anti-Atom-Bewegung oder auch der heutige Widerstand gegen Windparks, Stromtrassen und Ställen für Massentierhaltung. Und hier geht es um hochradioaktiven Atommüll.

Und dann jetzt eben doch ein paar Schlagworte für Gelingensbedingungen:

- Schon die Entwicklung des Verfahrens mit potenziell Betroffenen
- Vollständige Transparenz über die Datengrundlage und über den Stand von Gebietsausschlüssen.
- Ergebniswirksamkeit
- Nicht nur Rede und Gegenrede, sondern Dissense klären und auflösen
- Verständigung
- Mediation
- Konsens
- Nicht: „Mehrheit schlägt Minderheit“, wie derzeit in der Teilgebiete-Konferenz zu erleben.
- Nicht: „die staatlichen Akteure entscheiden alleine“
- Es braucht deshalb staatliche Akteure, denen
 - » 1. wirklich etwas an gesellschaftlicher Verständigung liegt,
 - » die 2. verstehen, dass Beteiligung nicht der hübschen Verzierung des Verfahrens dient, sondern essenziell für das Gelingen ist,
 - » die 3. in der Lage sind, den Wert von Kritik zu erkennen und diese als etwas Konstruktives aufzufassen, statt Kritiker:innen zu diffamieren
 - » und die 4. nicht alles, was schlecht läuft, schönreden oder einfach nur das Wording ändern, statt ihr Handeln.
- Es braucht Steuerung und Moderation von Beteiligungsprozessen durch Profis, die Beteiligung und Verständigung ermöglichen können und wollen - und nicht verhindern wollen.
- Trennung von Verfahrensverantwortung und Beteiligungs-Organisation

Welche Empfehlungen habe ich für die weitere Ausgestaltung des Beteiligungsprozesses?

- Der Neustart der Standortsuche wurde am 11.11. 2011 von Bund und Ländern verkündet.
- Nach zehn Jahren ist es meines Erachtens an der Zeit, eine kritische Bilanz zu ziehen.
- Auf der Basis der dabei gewonnenen Erkenntnisse sollten grundlegende Veränderungen hin zu tatsächlicher Beteiligung vorgenommen werden.
- Wie diese Veränderungen konkret aussehen, muss gemeinsam verständigungsorientiert ausgehandelt werden.



JORINA SUCKOW
NATIONALES BEGLEITGREMIIUM

- Es gibt aus meiner Sicht kein Patentrezept für eine gelungene Beteiligung.
- Das Standortauswahlgesetz (StandAG) setzt zu Recht hohe Ansprüche und sieht u.a. eine transparente und partizipative Suche mit einer Beteiligung vor, bei der die Öffentlichkeit „Mitgestalter des Verfahrens“ sein soll.
- Diese abstrakten Regelungen müssen mit Leben gefüllt werden!
- Damit die Bürger*innen wirklich Mitgestalter*innen des Verfahrens sind, bedarf es einer „Augenhöhe“ mit staatlichen Akteuren. Dafür ist es erforderlich, dass ausreichend Zeit zur Verfügung steht und man die Möglichkeit hat, sich wissenschaftlich mit der Materie zu befassen (Stichwort: finanzielle Unterstützung)
- Bei einem so langen Zeitraum wie dem Standortauswahlverfahren ist es besonders wichtig, regelmäßig zu evaluieren, ob das Verfahren und insbesondere die Öffentlichkeitsbeteiligung seinen Zweck erfüllt. Bei einem identifizierten Nachbesserungsbedarf müssen Anpassungen vorgenommen werden.
- Hier sollte der Mut bestehen, etwas Neues auszuprobieren und kritisch nicht nur die Handlungen anderer Akteure, sondern auch die eigenen zu hinterfragen.
- Genau jetzt sind wir aus Sicht des Nationalen Begleitgremiums (NBG) – aber auch aus Sicht anderer Akteure – an einem solchen Punkt angelangt: Zurzeit läuft noch die Fachkonferenz Teilgebiete, das erste formal vorgesehene Beteiligungsformat im Standortauswahlverfahren, in dem die Öffentlichkeit den Zwischenbericht zu den Teilgebieten diskutiert.

Erst am Ende der ersten Phase, wenn der Vorschlag für die übertägig zu erkundenden Standortregionen von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) vorliegt, geht die formelle Beteiligung in Form der Regionalkonferenzen weiter. Diese werden an allen Standortregionen eingerichtet und begleiten ab dann das Verfahren dauerhaft und intensiv. Bis das der Fall ist, dauert es jedoch noch (wohl mehrere Jahre). Es entsteht damit eine Beteiligungslücke zwischen dem Ende der Fachkonferenz Teilgebiete und der Einrichtung der Regionalkonferenzen.

- » Hier braucht es aus meiner Sicht ein Format mit einem gewissen Maß an Rechtssicherheit, das ähnlich wie die jetzige Fachkonferenz Teilgebiete selbstorganisiert arbeitet und dem die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen
- » Dieses Format könnte durch den Gesetzgeber in das Standortauswahlgesetz (StandAG) aufgenommen werden. Auch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) als Träger der Öffentlichkeitsbeteiligung kann diese Aufgabe – im Rahmen der durch § 5 Abs. 3 StandAG vorgesehenen Möglichkeit – übernehmen.



STEFAN WENZEL
MITGLIED DER AG VORBEREITUNG UND EHEMALS
MITGLIED DER ENDLAGER-KOMMISSION

Niedersachsen hat sehr viele leidvolle Erfahrungen mit der Lagerung oder mit Plänen zur Lagerung von Atommüll gemacht. Mit dem KEWA-Verfahren, mit der Asse, mit Schacht Konrad, mit Morsleben im Grenzland und insbesondere mit dem Konflikt um Gorleben. In will das jetzt nicht ausführen. Jede und jeder hier kennt viele Facetten dieser Konflikte. Ich will nur ein Beispiel nennen, das Demut wecken sollte. Der Standort sei „sicher für alle Zeiten“ hieß es zur Lagerung von Atommüll in der Asse von offizieller Seite. Beteiligt waren eine Vielzahl von Landes- und Bundesbehörden und alles, was in der Wissenschaft seinerzeit Rang und Namen hatte. Später mussten wir feststellen, dass bereits 10 Jahre nach dem Ende der Einlagerung Wasser aus dem Deckgebirge in das Salzbergwerk eindrang. Diese Information wurde aber lange unterdrückt. Wer sich fragt, worauf eine oft misstrauische Begleitung staatlichen und wissenschaftlichen Handelns zurückgeht, der muss solche Beispiele analysieren.

Wie haben keinen menschlichen Sinn, um die Gefahr radioaktiver Strahlung einschätzen zu können. Wir brauchen Messgeräte, Maßstäbe, vertrauenswürdige Institutionen und verständliche Sprache. Was ist ein Entsorgungsvorsorgenachweis, Kritikalität, Kernbrennstoff, Kristallin? Was ist eine Teufe, eine Halbwertszeit oder eine Sicherheitsuntersuchung? Das Verfahren muss diejenigen mitnehmen, die sich erstmals mit diesen Fragen befassen, aber auch diejenigen, die tief in wissenschaftlichen Diskursen engagiert sind. Im Gesetz geht es um Information und Transparenz, aber insbesondere auch um Partizipation und Beteiligung. Das ganze Verfahren betritt aber Neuland. Gerade in diesem Kontext ist die Reichweite vieler Begriffe daher umstritten. Der Streit um diese Fragen ist aber nicht negativ, sondern trägt zur Klärung bei.

Ein zentraler Punkt beim Neustart der Suche nach einem Ort mit der bestmöglichen Sicherheit war die Organisationsreform. Die Einführung von Checks and Balances - horizontal und vertikal. Ein Vorhabenträger und eine Aufsichtsbehörde mit unterschiedlichen Rollen, das Nationale Begleitgremium mit Akteneinsichtsrechten und Klagerechte. Maßstab ist der aktuelle Stand von Wissenschaft und Technik, ein dynamischer Rechtsbegriff, der mit gesellschaftlichen Lernprozessen wächst. Im Atomrecht ist das nach dem Kalkar-Urteil des Bundesverfassungsgerichts eigentlich selbstverständlich, aber dieser Begriff muss noch mit Leben gefüllt werden, weil die Forschungslandschaft bisher viel zu national organisiert ist, Auftragsforschung stark dominiert und freie Forschung, die auch der Zivilgesellschaft zur Verfügung steht bislang nur spärlich verfügbar ist.

Ziel ist eine Lösung zu finden, die in einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Dieser Satz beschreibt aber nicht den Anfang, sondern das angestrebte Ende des laufenden Prozesses. Das hat auch in der ersten Vorbereitungsgruppe für die Fachkonferenz zu Missverständnissen geführt. Um dieses Ziel zu erreichen müssen die Konflikte auf den Tisch, die Konfliktlinien, die unterschiedlichen Interessen müssen sichtbar werden, Rede und Gegenrede, Zweitmeinungen müssen gehört werden. Bei den Behörden, in der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft.

Zum Abschluss einige Worte zum so genannten Gefangenendilemma, einem Theorem aus der Spieltheorie, was im übertragenen Sinne unsere Herausforderung beschreibt. Wenn wir als Gesellschaft einen Weg der Kooperation und der Vertrauensbildung finden, wird es hoffentlich auch gelingen, einen verantwortbaren Weg zur Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zu finden. Wenn das nicht gelingt, werden die hochradioaktiven Abfälle noch sehr lange in Zwischenlagern stehen bleiben müssen - an vielen Orten in der Bundesrepublik. Das birgt andere Gefahren, die ich hier aber nicht näher ausführe. Dass bislang kein Land der Erde ein genehmigtes Endlager hat, zeigt die Dimension der Herausforderung. Deshalb bin ich sicher, dass dieses Verfahren Maßstäbe setzen kann für künftiges staatliches Handeln in demokratisch verfassten Staaten, wenn es um langfristige Planung und große Projekte geht.